



Landratsamt
Biberach

Landratsamt Biberach [6130] · Postfach 1662 · 88396 Biberach

**Amt für Bauen und
Naturschutz**

Gemeinde Burgrieden
Rathausplatz 2
88483 Burgrieden

Sachbearbeiter: Herr Rodich
Telefon: +497351/52-6386
Telefax: +497351/52-5386
E-Mail: andreas.rodich@biberach.de
Zimmer-Nr.: 4.10
Aktenzeichen: 30-BLPV22/046
Sprechzeiten: nach Vereinbarung
Datum: 19.09.2022

Schreiben vom 10.08.2022 von SteinbacherConsult

"Solarpark Burgrieden Bühl"
Anhörung nach § 4 I BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

in obiger Angelegenheit gibt das Landratsamt Biberach folgende Stellungnahme ab:

I. Amt für Bauen und Naturschutz

Baurecht

(Frau Forderer; Tel: 07351/52-7656; tanja.forderer@biberach.de)

Der geplante Bebauungsplan entwickelt sich nicht aus dem rechtskräftigen Flächennutzungsplan. Wir weisen folglich darauf hin, dass der Flächennutzungsplan (FNP) im Parallelverfahren nach § 8 III BauGB geändert werden muss. Die Vorschrift des § 8 III S. 2 BauGB verlangt für den Fall eines Parallelverfahrens von FNP und Bebauungsplan (B-Plan), dass zum Zeitpunkt der Bekanntmachung des B-Planes ein Stand des FNP erreicht ist, der die Annahme rechtfertigt, dass der B-Plan aus den künftigen Darstellungen des FNP entwickelt sein wird. Eine solche Beurteilung setzt einen gewissen Stand der materiellen Planreife des FNP voraus. Für die Annahme einer solchen materiellen Planreife wird mindestens ein Verfahrensstand neben Aufstellungsbeschluss auch frühzeitige Bürger- und Behördenbeteiligung, auf der Grundlage einer Plankonzeption der Gemeinde Burgrieden, erforderlich sein.

Die Satzung für den Bebauungsplan nach § 10 BauGB und die Satzung für die Örtlichen Bauvorschriften nach § 74 LBO sind je als eigenständige Satzung mit eigenem Beschluss des Gemeinderates zu beschließen. Es sollten daher auch je eigene Satzungsschriftstücke für den Bebauungsplan nach § 10 BauGB und für die Örtlichen Bauvorschriften nach § 74 LBO gefertigt werden.

Öffnungszeiten:
Mo 08.00 - 12.00 und 14.00 - 15.30 Uhr
Di u. Fr 08.00 - 12.00 Uhr
Mi 08.00 - 17.00 Uhr durchgehend
Do 08.00 - 14.00 Uhr durchgehend

Informationen und Kontakt:
www.biberach.de
poststelle@biberach.de
Zentrale 07351/52-0
Fax 07351/52 53 50

Hausanschrift:
Landratsamt Biberach
Rollinstraße 9
88400 Biberach

Bankverbindung:
Kreissparkasse Biberach
BLZ 654 500 70 Kto-Nr. 6303
IBAN DE55 65450070 0000 006303/
BIC SBCRDE66XXX
GläubigerID DE33ZZZ00000012470

Ein Ausfertigungsvermerk ist auch auf den Satzungsschriftstücken anzubringen. Es ist zu beachten, dass der Ausfertigungsvermerk bei anzeigepflichtigen Bebauungsplänen nach Satzungsbeschluss und vor der Bekanntmachung und bei genehmigungspflichtigen nach Satzungsbeschluss und Genehmigung und vor Bekanntmachung erfolgen muss.

Es wird darum gebeten, Änderungen, die im Rahmen der Abwägung vorgenommen werden, in einer Fertigung der Unterlagen farblich (z.B. Rot) abzusetzen und diese Fertigung im weiteren Verfahren sowie mit der Abwägungstabelle uns vorzulegen, damit die vorgenommenen Änderungen nachvollzogen werden können. Dies vermeidet insbesondere eine nochmalige Gesamtdurchsicht durch die Träger öffentlicher Belange.

Naturschutz:

(Frau Häderer; Tel: 07351/52-6598; ines.haederer@biberach.de)

Die eingereichten Unterlagen zur Beurteilung der Bauleitplanung sind nicht vollständig. Die Belange des Naturschutzes sind im Rahmen von § 18 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), § 1 Abs. 6 Nr. 7 Baugesetzbuch (BauGB), § 1a BauGB, § 2 Abs. 4 BauGB und § 2a BauGB in den Planunterlagen noch nicht ausreichend berücksichtigt und abgearbeitet.

So sind die Belange des Artenschutzes nach § 44 Abs. 1 BNatSchG noch nicht in ausreichendem Umfang abgearbeitet. Die Darlegung, dass im Vorhabensgebiet aufgrund vorhandener Störfaktoren nicht mit einem Vorkommen der Feldlerche zu rechnen ist, ist nicht nachvollziehbar. Das Vorhandensein von Feldwegen kann ein Vorkommen der Feldlerche beispielsweise nicht pauschal ausschließen. Relevante vertikale Kulissen sind so weit entfernt, dass ein Vorkommen ebenfalls nicht pauschal ausgeschlossen werden kann. Da durch die geplante Eingrünung zudem zusätzliche Kulissen durch die Gehölze hinzukommen, sind die Auswirkungen der Anlage auf die Feldlerche auch über den Geltungsbereich hinaus zu untersuchen. Die Auswirkungen der Planung auf das Schutzgut Arten- und Lebensräume kann daher nach derzeitigem Wissensstand auch nicht mit „gering“ bewertet werden.

Weitergehend ist zu beachten, dass unserer Einschätzung nach eine strategische Umweltprüfung durchzuführen ist, welche eine qualifizierte Standortalternativenprüfung beinhalten muss (§ 2 Abs. 4 BauGB, § 39 UVPG). Darin ist aufzuführen, welche Flächen ggf. einen geringeren Einfluss auf Natur und Landschaft haben. Dabei ist der Artenschutz nach §§ 39 und 44 BNatSchG, die Biotopvernetzung, generell naturschutzfachliche Schutzkulissen und das Landschaftsbild zu berücksichtigen, um auf diese Weise Konflikte bereits durch die Standortwahl zu minimieren. Alternativen die offensichtlich nicht realisierbar sind dürfen dabei nicht einbezogen werden.

Des Weiteren wird um Beachtung und Berücksichtigung der nachfolgenden Punkte gebeten:

- Im Umweltbericht vom 25.07.2022, sind die in der Eingriffsbilanzierung auf S. 46 genannten Biotoptypen „41.10 Feldgehölz“ und „33.43 Magerwiese

mittlerer Standorte“ durch die Biotoptypen „Gebüsch“ oder ggf. „Feldhecke“ sowie „Fettwiese mittlerer Standorte“ zu ersetzen, da die angegebenen Biotoptypen nicht dem zukünftigen Zielzustand entsprechen (s. Beschreibung der Biotoptypen, Leitfaden „Arten, Biotope, Landschaft“, 2018 LUBW, Karlsruhe).

- Für Anpflanzungen oder Einsaaten ist generell gebietseigenes Pflanz- und Saatgut aus dem Vorkommensgebiet 6.1 „Alpenvorland“ bzw. dem Ursprungsgebiet 17 „Südliches Alpenvorland“ zu verwenden (§ 40 Abs. 1 BNatSchG). Um entsprechende Berichtigung der Textlichen Festsetzungen Punkt 7.3 und 7.4, der Begründung Punkt 15.3 und 15.4 und des Umweltberichts Punkt 3.3 und 3.4 wird gebeten.

Naturschutzbeauftragter

(Herr Schick; Tel: 07351/52-7006; norbert.schick@biberach.de)

Das Vorhaben wurde am 31.08.2022 vor Ort besichtigt. Nach erfolgter Prüfung bestehen aus naturschutzfachlicher Sicht unter Beachtung der üblichen Nebenbestimmungen keine Bedenken. Es sind keine geschützten Flächen betroffen. Es sind keine Beeinträchtigungen von streng geschützten Arten zu erwarten. Aus artenschutzrechtlicher Sicht stellt das Vorhaben deshalb keinen Eingriff dar und es bestehen keine Bedenken dagegen.

II. Amt für Umwelt- und Arbeitsschutz

(Herr Koch; Tel.: 07351/52-7549; raphael.koch@biberach.de)

Die Gewerbeaufsicht führt keine eigenen Planungen durch, die die Bauleitplanung berühren könnten.

Das Vorhaben wurde in Bezug auf die Blendwirkung der geplanten Photovoltaikanlage durch das Gutachten der Zehndorfer Engineering GmbH untersucht. In Bezug auf die Nachbarschaft kann es zwar zu Reflexionen kommen, jedoch liegt die Dauer der direkten Reflexionen unter 30 Minuten am Tag und 30 Stunden pro Jahr. Gemäß der Richtlinie des Bund-Länderausschusses LAI aus dem Jahre 2012 liegt dies innerhalb der Toleranzgrenze und gilt als vertretbar. Aus Sicht des Amts- für Umwelt- und Arbeitsschutz sind keine generellen Bedenken gegen das Vorhaben zu äußern.

III. Wasserwirtschaftsamt

(Herr Rothenhäusler; Tel.: 07351/52-6122; berthold.rothenhaeusler@biberach.de)

Wasserversorgung

Es bestehen keine Einwendungen.

Abwasser

Das Niederschlagswasser soll zur Versickerung gebracht werden. Die Regeln der Technik, das Arbeitsblatt A 138 der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA) und die Niederschlagswasserverordnung vom 22.03.1999 sind bei der Planung, Herstellung und dem Betrieb einer Versickerungsanlage zu beachten und einzuhalten. Insbesondere wird auf das Erfordernis der 30 cm dicken Humusschicht (Bodenfilter) verwiesen. Es sind

ausschließlich Vorschriften und Verordnungen anzuwenden, die in Baden-Württemberg Gültigkeit haben.

Werden Buntmetalle als Dachdeckung benutzt dürfen nur dauerhaft beschichtete Bleche als Dachdeckung verwendet werden.

Wird verzinktes Material eingesetzt, ist das Niederschlagswasser von diesen Flächen über eine mindestens 30 cm mächtige humose Oberbodenschicht zu versickern.

Ein Grundwasserflurabstand von 1,00 m ist einzuhalten.

Die Ausführung ist so zu wählen, dass eine Beeinträchtigung der Nachbargrundstücke bzw. der öffentlichen Verkehrsfläche auszuschließen ist.

Altlasten/Bodenschutz

Im Plangebiet ist keine Altlastverdachtsfläche im Bodenschutz- und Altlastenkataster erfasst.

Es bestehen keine Einwendungen.

Folgende Hinweise bitten wir zu beachten:

- Im Rahmen der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung sind die Bodeneingriffe entsprechend dem Leitfaden Heft 23, LUBW (<http://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/74536/>) zu bewerten.
- Der beim Bau der Trafostation anfallende Erdaushub ist getrennt nach humosem Oberboden und kulturfähigem Unterboden möglichst im Plangebiet zu verwerten.
- Bodenversiegelungen sind auf das notwendige Mindestmaß zu beschränken.
- Sowohl die Geländeform als auch der Bodenaufbau ist im natürlichen Zustand zu erhalten. Es dürfen keine großflächigen Planierarbeiten stattfinden.
- Das Einrammen der Stahlträger zur Befestigung der Photovoltaikmodule ist mit bodenschonenden Maschinen (Pressung <4N/cm², keine Radlader, keine LKW's) durchzuführen.
- Im Zuge der Bauarbeiten entstandene Bodenverdichtungen sind wieder zu beheben.
- Vorhandene Drainagen, insbesondere Sammler von Nachbarflächen sind funktionsfähig zu erhalten.

Fließgewässer

Es bestehen keine Einwendungen.

Industrie und Gewerbe

Es bestehen keine Einwendungen. Sofern wassergefährdende Stoffe gelagert oder umgeschlagen werden, sind die entsprechenden Vorschriften zu beachten.

IV. Landwirtschaftsamt

(Frau Simon; Tel: 07351/52-6729; erika.simon@biberach.de)

Wir äußern aus agrarstruktureller Sicht erhebliche Bedenken gegen den Bebauungsplan und bitten um eine qualifizierte Standortalternativenprüfung.

Begründung:

Das Plangebiet besteht aus einer rund 2,27 ha großen, ackerbaulich genutzten Fläche, bestehend aus 3 Flurstücken. Die Ackerzahlen liegen zwischen 48 und 57, was für gute, ertragreiche Böden spricht. Darüber hinaus ist die geringe Hangneigung, die Größe und der gerade Zuschnitt der Schläge sowie die Erschließung der Fläche aus landbaulicher Sicht positiv zu beurteilen.

Nach der Wirtschaftsfunktionenkarte ist das Plangebiet der Vorrangflur 1 zuzuordnen, wonach es sich um eine überwiegend landbauwürdige Fläche handelt, auf der Fremdnutzungen ausgeschlossen bleiben müssen. Auch der Regionalplan Donau-Iller weist das Plangebiet als Vorbehaltsgebiet für Landwirtschaft aus. Damit soll die Fläche aufgrund seiner Wertigkeit und Bedeutung für die landwirtschaftliche Produktion als zusammenhängendes Gebiet für die Landwirtschaft gesichert werden.

Auch in der Begründung zum Bebauungsplan (S. 17) wird der Plansatz 5.3.2. des Landesentwicklungsplans 2002 Baden-Württemberg zitiert und der bemerkenswerte Satz formuliert: „Damit zwischen der landwirtschaftlichen Nutzung und den Freiflächen-Photovoltaikanlagen keine Konkurrenzsituation entsteht, sollen keine hochwertigen Ackerbauflächen verwendet werden.“ Genau dies ist aber der Fall.

Aus agrarstruktureller landwirtschaftlicher Sicht sollte auf die Inanspruchnahme von Flächen mit einer hohen Bodengüte und einer guten Bewirtschaftbarkeit verzichtet werden und stattdessen sollte auf landbauproblematische, weniger ertragreiche Flächen mit schlechteren Böden, einer stärkeren Hangneigung oder einem ungünstigen Zuschnitt zurückgegriffen werden.

Da die gesamte landwirtschaftliche Fläche auf der Gemarkung Burgrieden laut der Wirtschaftsfunktionenkarte der Vorrangflur 1 zugeordnet wird, ist eine Binnendifferenzierung erforderlich. Auch hier gibt es Böden, die schlechtere Ackerzahlen aufweisen und insbesondere Grünlandflächen können für PV-Freiflächenanlagen genutzt werden. Aus unserer Sicht sind gerade hochwertige Ackerflächen als zentrale Produktionsressource der Landwirtschaft für die Lebens- und Futtermittelerzeugung unverzichtbar, auch, weil sie von ihrer Wertigkeit (erzielbare Wertschöpfung je Flächeneinheit oder erzielter Deckungsbeitrag) der Grünlandnutzung in der Regel weit überlegen sind. Aus unserer Sicht können neben Grünlandflächen auch Flächen mit Restriktionen für die landwirtschaftliche Nutzung (z.B. Wasserschutzgebiete oder Landschaftsschutzgebiete), Moorflächen (wieder zu vernässende Flächen) oder Flächen in Randbereichen, die aufgrund ihrer Lage, ihrer Topografie oder ihres Zuschnitts schlechter landwirtschaftlich nutzbar sind, in Betracht kommen.

Beispielsweise befindet sich südlich der Vorhabensfläche eine Grünlandfläche (Auchtweide, Flst. 52, 96), die aufgrund ihrer Hangneigung schlecht zu bewirtschaften ist, aber nicht zuletzt wegen des nach Süden ausgerichteten Hangs für eine PV-Anlage geeignet sein könnte. Die Anlage von Hecken könnte eine Blendwirkung auf die Wohnbebauung verhindern. Im gesamten Talbereich der Rot befinden sich Grünlandflächen, die schlechtere Bodenzahlen aufweisen und eventuell aufgrund von Vernässungen schlechter zu bewirtschaften sind. Gerade diese Flächen könnten für eine PV-Anlage sehr gut in Frage kommen.

Aus unserer Sicht sollte für das Vorhaben eine qualifizierte, aussagekräftige Standortalternativenprüfung vorgenommen werden, welche insbesondere die Schonung von Ackerflächen berücksichtigt und daher auch die Inanspruchnahme von Grünlandstandorten und Restriktionsbereichen überprüft.

Auch die Möglichkeit einer Agri-PV-Anlage mit landwirtschaftlicher Produktion als Hauptnutzung könnte geprüft werden (siehe DIN SPEC 91434). Dies stellt aus unserer Sicht eine gute Möglichkeit dar, einen Interessensausgleich zwischen landwirtschaftlicher und energetischer Produktion auf der Fläche zu schaffen. Wenn dabei sichergestellt ist, dass die landwirtschaftliche Nutzung der Fläche weiterhin die Hauptnutzung darstellt, dann kann die PV-Anlage unserer Ansicht nach auch auf besseren Böden zulässig sein.

Im Falle einer Genehmigung fordern wir die Übernahme einer Rückbauverpflichtung sowie die Pflicht zur Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Fläche (Rekultivierungspflicht) nach der Aufgabe der Nutzung als Photovoltaikanlage.

V. Straßenamt:

(Frau Steinhart; Tel: 07351/52-6823; ulrike.steinhart@biberach.de)

Das Plangebiet befindet sich nördlich von Bühl ca. 500 m westlich der K 7582 und ca. 500 m nordöstlich der K 7517. Die verkehrliche Erschließung an die überörtliche Straße erfolgt über vorhandene Gemeindeswege. Das Straßenamt hat zum o.g. Bebauungsplan keine Einwände.

VI. Amt für Brand- und Katastrophenschutz

(Herr Becht; Tel: 07351/52-7148; alexander.becht@biberach.de)

Bei der Bauleitplanung sind folgende Punkte zu beachten:

1. Die Anfahrt von 14 t schweren Feuerwehrfahrzeugen zu den einzelnen Objekten ist zu jeder Zeit zu gewährleisten. Bei Gebäuden, die von einer öffentlichen Straße entfernt liegen, müssen zu den entsprechenden Grundstückstellen mindestens 3,50 m breite und 3,50 m hohe Zufahrten vorhanden sein.

Weitere Anforderungen an die Zufahrten und Aufstellflächen richten sich nach der Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums über Flächen für Rettungsgeräte der Feuerwehr auf Grundstücken (VwV-Feuerwehrflächen) in der jeweils gültigen Fassung.

2. Den Gefahren entsprechend sind geeignete Löschmittel für die Feuerwehr vorzuhalten. Für elektrische und elektronische Einrichtungen wird Kohlendioxid als Löschmittel empfohlen. (50 Kg CO² Löscher)
3. Es sind Feuerwehrpläne unter Beachtung der DIN 14095 und der „Hinweise zur Erstellung von Feuerwehrplänen im Landkreis Biberach“ zu erstellen.

XIV. Flurneuordnungsamt

(Herr Zeller; Tel: 07391/779-2509; johannes.zeller@alb-donau-kreis.de)

Es ist kein Verfahren nach dem FlurbG betroffen. Es werden keine Auflagen vorgebracht.

Mit freundlichen Grüßen



Hubert Baur
Amtsleiter